

Berliner Tageblatt

Nr. 56

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlags von Rudolf Mosse in Berlin.

Neue Eingriffsversuche in die staatlichen Bechen

Abgewiesen!

Ansatz hinauskomplimentiert.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Offen, 2. Februar.

Nachdem die erst unter Anwendung von militärischen Zwangsmassnahmen vorgenommenen französischen Versuche, Kohle und Koks aus den Ruhrbezirken selbst zu erfassen, vollständig gescheitert sind, treten Franzosen jetzt abermals an die staatlichen Bechen heran, um solche Lieferungen nach Frankreich wieder anzuschmeissen. Von der Verwendung von Militär wurde diesmal Abstand genommen. Nachdem in Vertretung der staatlichen Bergwerke Oberbergat Sartre mündlich und schriftlich die Verladung von Kohle und Koks an Frankreich und Belgien abgelehnt hat, verliessen französische Zivilkommissare unmittelbar mit den einzelnen Bechen Fühlung zu nehmen. Auf dem Möllerschatz, wo eine beratende Kommission bis auf den Zeichenplatz gekommen war, wurde sie von der Feuerwehr aus den Zeichenanlagen entfernt. Auf anderen staatlichen Bechen, so auf Zwickel und Schöfven, wurden den Kommissionen der Zutritt zu den Zeichenplätzen gleich am Eingang verweigert.

Kohlentransporte trotz der Sperre.

„Weitere rigorose Massnahmen“ in Aussicht.

Münster, 2. Februar. (Z. U.)

Seit gestern ist der Kohlentransport aus dem befestigten und unbefestigten Gebiet eingestellt. Ein ungeachtet dieser Anordnung durch die Bahnhöfe gehendes in Richtung Schwerte abfahrender Kohlenzug wurde von französischen Soldaten beschossen. Zur Erzwingung der Einstellung des Güterverkehrs nach dem unbefestigten Gebiet sind seitens der Besatzungstruppen die Schienen auf einigen Strecken durch Semmlische gesperrt. Im Laufe des gestrigen Vormittags erschienen zwei Offiziere und acht Mann der französischen Besatzungstruppen beim Amt Dahlhausen. Als sie von dem Gemeindevorstand keine Kohlen besonnen konnten, führten sie zur Seege Dahlhausen. Die Besatzung weigerte sich, ihnen Kohle zu liefern. Daraufhin luden die Franzosen die Kohlen selbst auf. Zwar hatten die Soldaten ihre Gewehre laden müssen. — In der Erde ist auf einen Eisenbahnschienen mehrmals geschossen worden, weil er die Haltevorrichtung des französischen Lokomotivbesitzers war. — Auf der Station Bischofsheim liegen zwei Lokomotivführer gestern nachmittag ihre Maschinen in die Drehscheibe laufen und gingen dann ins unbesetzte Gebiet.

Der Sonderverrichteter Herr von Sabas in Düsseldorf meldet, die Schlichtung des Ruhrgebietes für die Kohlen- und Rostverladung nach dem nichtbesetzten Deutschland stelle einen ersten Schritt dar, dem sich weitere rigorosere Massnahmen anschließen könnten. Die Metallindustrie werde durch die neuen Bestimmungen noch nicht berührt. Es sei also durchaus möglich, daß später noch umfassendere neue Massnahmen erfolgen würden.

Das Essener Postamt wieder im Betrieb.

Essen, 2. Februar. (W. I. V.)

Das hiesige Hauptpost- und Telegraphenamt hat heute morgen den Betrieb wieder aufgenommen.

Wo hinaus?

Von

Hans Delbrück.

Oben als die Franzosen ihren Einmarsch in das Ruhrgebiet begannen, besuchte mich ein französischer Journalist, um mich in der üblichen Weise für eine große Pariser Zeitung zu interviewen. Ich sagte ihm zunächst, daß das französische Publikum jetzt schwerlich geneigt sein würde, das zu hören, was ich zu sagen hätte, aber, da er sich dafür stark machte, daß seine Zeitung bringen würde, was ich ihm auszusprechen habe, habe ich ihm unter der Bedingung, daß er mir seine Niederschrift vor der Abfindung erst vorlege, meine Meinung gesagt. Am Schlusse notierte er sich noch, daß ich ihm sagte, Frankreich handle jetzt gegen Deutschland, wie Rom gegen Kartago, aber wenn man eine feindliche Stadt zerstören könne: ein großes Volk könne man nicht zerstören.

Der Herr hat seitdem nichts mehr von sich hören und sehen lassen. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist wieder wie im Kriegsstadium und will keine Erwägungen, sondern Taten. Aber was für Taten? Die einen wollen das Geld, das ihnen, wie sie meinen, von den Deutschen tückischweise vorenthalten wird. Es ist aber heute schon klar, daß die Expedition zwar sehr viel Geld kosten, aber keines einbringen wird. Die anderen wollen die Geldforderung nur als Vorwand benutzen, um das Deutsche Reich aufzulösen und einen rheinisch-westfälischen Pufferstaat zu bilden. Es ist nicht nötig, auseinanderzusetzen, weshalb auch dieses Projekt ein Phantom ist. Die öffentliche Meinung des deutschen Volkes, wie in dem Widerspruch der anderen Großmächte, das alles kann keinem Zweifel unterliegen; problematisch aber ist, ob und welche Kräfte und Personen es in Frankreich gibt, die imstande sind, Frankreich aus der Sackgasse, in die Herr Voicardé sie geführt hat, wieder herauszuführen.

Da dürfte es sich lohnen, von einer Rundgebung Kenntnis zu nehmen, die der General Sarraill jüngst in den Sabiers des Droits de l'Homme veröffentlicht hat. Sarraill

Der Eisenbahnkrieg im Mainzer Bezirk.

Einheitlicher Wille zum Widerstand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt, 2. Februar.

Der Streik der Eisenbahner im Mainzer Direktionsbezirk wirkt auf den gesamten oberrheinischen Verkehr ein. Unendlich groß sind die Schwierigkeiten, die sich ergeben, aber nur eine Sorge kennt die Bevölkerung: „Werden die Eisenbahner auch fest bleiben?“ Alle Unbequemlichkeiten werden leicht ertragen, man trägt sie sogar mit Stolz. Der Wille zum Widerstand gegen den französischen Rechtsbruch hat eine Einheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen, die anscheinend nur gelockert werden könnte, wenn die Regierung selber nachgeben würde. Heute vormittag verhielten in den Adlerwerken einige Kommunisten, gegen den ihnen zu gemäßigten Betriebsrat Stimmung zu machen; es kam sogar zu Drohungen, aber ihre Absicht mißlang. Der Betriebsrat erhielt ein Vertrauensvotum von der Arbeiterschaft. Die ganze, an sich zwar unbedeutende Aktion hängt mit dem Verhalten der Arbeiterschaft in der Streikfrage zusammen.

Der Befehl zum Widerstand hat auf die Bevölkerung des befestigten Gebietes geradezu wie eine Befreiung von jahrelangem Druck gewirkt. Was daraus entstehen mag, danach fragt hier keiner. Alle Streikfolgen werden überhaupt nicht erwähnt. Nicht nur Mainz hat Quartiere für festliegende Reisende einrichten müssen, auch viele andere Städte des Ober- und Mittelrheins. So zahlreich ist jetzt die Zahl der Ausgewiesenen, daß Frankfurt eine Fürsorgestelle für Ausgewiesene errichtet hat, und zwar eine für ausgewiesene Beamte und eine für ausgewiesene Privatpersonen. Die sonst in Frankfurt so zahlreich auftretenden Franzosen aus dem befestigten Gebiet sind aus dem Straßensystem verschwunden, denn auch hier werden sie von der Bevölkerung geächtet, und in den Gaststätten finden sie keine Aufnahme. Die französische Zivilbevölkerung hat in großer Zahl das befestigte Gebiet verlassen.

Grüchner

lehnt die Mitwirkung am Waldraub ab.

Lächerliche Zumutungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Düsseldorf, 2. Februar.

Das Direktionskomitee für Fortsetzungen der interalliierten Kommission hat dem Regierungspräsidenten Grüchner in Düsseldorf den Text von vier Ausführungsbestimmungen zugesandt, die es als Grund der Vorschriften der Verordnungen Nr. 134 und 135 der interalliierten Kommission erlassen hat, mit der Aufgabe, die Bestimmungen den ihm unterstellten deutschen Beamten mitzuteilen und ihre Ausführung zu sichern. Der Regierungspräsident Grüchner hat dem Direktionskomitee folgendes geantwortet: Nachdem der Rheinlandkommission nun der Standpunkt der deutschen Regierung bezüglich der Rechtsgültigkeit der Verordnungen Nr. 134 und 135 bekannt ist, bin ich erstaunt, noch Ihr Schreiben zu erhalten. Ich lehne es nicht nur ab, Ihre Bestimmungen an die Fortfäbriktion der hiesigen Regierung und an die mir unterstellten Beamten weiterzugeben, sondern lehne auch jede Mitwirkung bei der Durchführung der von Ihnen vorgelegenen Massnahmen ab.

kommandierte 1914 die dritte Armee bei Verdun und seit 1915 in Saloniki; er ist unzweifelhaft einer der hervorragendsten französischen Heerführer. Mit aller Entschiedenheit spricht er sich nicht nur gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern auch für die Räumung der Rheinprovinz aus und legt dafür sowohl die politischen wie auch die militärischen Gründe dar. Er glaube zwar nicht, sagt er, daß die Ruhrbesetzung zu einem neuen Krieg führen werde, aber er wolle doch darauf aufmerksam machen, wie ungeheuer gefährlich unter den heutigen Verhältnissen ein Guerillakrieg sei. Die Franzosen sollten sich nicht einbilden, daß, wenn sie etwa Berlin besetzten, sie damit Deutschland in der Hand hätten. Die ungeheure Vermehrung der Artillerie und die endlosen Stomomen des modernen Krieges schäfen überaus empfindliche Angriffspunkte. Der schwerste Nachteil der Okkupation feindlichen Gebietes sei aber die Erziehung der Mobilisation. Sarraill stellt sich offenbar vor, daß Frankreich es nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit anderen Mächten zu tun haben, also eine allgemeine Mobilisation notwendig sein würde, und da ist es allerdings ein sehr hieser Umstand, wenn, wie jetzt, wohl mehr als ein Viertel der Armee nur halbmobil in sich im Ausland befindet. Napoleon, sagt Sarraill, habe die Methode, sich durch die Besetzung feindlichen Landes zu sichern, nicht befolgt, sondern gelüßt, unbefestigt Gebiet vor sich zu haben, in das er dann ungehindert einrücken konnte. So sei es auch für das heutige Frankreich besser, das heute besetzte deutsche Gebiet zu räumen, aber die Deutschen, wie es schon der Verfaller Vertrag tut, zu verpflichten, im Rheingebiet keine Garnison zu unterhalten. Dann sei Frankreich in der Lage, bei Kriegsausbruch das Gebiet sofort zu besetzen und den Krieg auf feindlichem Gebiet zu führen. Die militärische Okkupation, schließt Sarraill, sei ein Stück veraltete Methode, sie habe an sich keinen Wert; sie habe im Gegenteil moralische Wirkungen, die die allerübelsten Konsequenzen nach sich zögen.

Der Augenblick, wo man auf solche Stimmen in Frankreich hört, ist sicher noch nicht da und wird schwierig so bald kommen. Ich lege deshalb auch kein besonderes Gewicht darauf, glaube aber doch auch nicht, sie ganz unbeachtet lassen zu dürfen.

Prag und das Ruhrproblem.

Frankreich, der Freund; Deutschland, der Nachbar. — Tüster in Prag. — Viertelamtlischer Kommentar. — Offiziös für Paris. — Frankreich als schützende Großmacht. — Streben nach Isolierung des Konflikt.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Gustav Fuohs.

Der nachstehende Artikel war bereits geschrieben, bevor Herr Dr. Beneš seine Rede über die Ruhrereignisse hielt. Es wird sich noch Gelegenheit bieten, auf diese Rede zurückzukommen. Die Redaktion.

Prag, Ende Januar.

Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet hält auch die Tschechoslowakei in Atem. „Frankreich ist unser Verbündeter, aber noch mehr zur Beruhigung der tschechoslowakischen Öffentlichkeit geprügte offizielle Wendung soll das Verhältnis Prags zu dem deutsch-französischen Konflikt charakterisieren. Und damit das Wort ja nicht mißverstanden werde, die unruhigenden Mobilisierungsgerüchte verstummen, wurde amtlich hinzugefügt, für die Tschechoslowakei bestehe kein Bündnisfall und kein Anlaß, auch nur politisch oder diplomatisch zu mobilisieren.

Frankreich als Verbündeter und Deutschland als Nachbar — es ist wohl die geschickteste Formel, die je der Außenminister Dr. Beneš vom Standpunkte seiner Politik erfunden hat. Die Liebe und Sympathie des Herrn Beneš gehören natürlich Frankreich. Die Verurteilung aber gebietet, aus dem Konflikt herauszutreten. Als mir einen maßgebenden tschechischen Diplomaten über das wahre Verhältnis der Tschechoslowakei zu dem Ruhrproblem interpellierten, da erklärte er unumwunden, daß formal für Prag der Konflikt solange eine Angelegenheit Frankreichs und Deutschlands sei, solange dieses letztere den Verfaller Vertrag nur gegenüber Frankreich, nicht auch gegenüber der Tschechoslowakei für unüberwindlich erklärte. Prag habe keinen anderen Wunsch, als neutral und von der Aktion unberührt zu bleiben. Die Folgen, insbesondere die innerpolitischen und wirtschaftlichen, für Deutschland vorzusähen, sei allerdings heute niemand imstande.

Einige Berliner Blätter knüpfen an die Worte des Berliner Gesandten Tuszar nach Prag die Mutmaßung, dieser vorurteilsteile und beziehungsreiche Diplomat sei der Träger einer Mittlerrolle in dem deutsch-französischen Kampf. Die Kombination dürfte kaum eine sachliche Begründung haben. Es gab eine Zeit — es war im Frühjahr vorigen Jahres — da war tatsächlich das Prager Außenamt Berater in Paris. Heute steht Prag — den Pressestimmen nach zu schließen — auf dem Standpunkte, die Situation habe eine Schärfe erfahren, die abzustumpfen nur die englische oder amerikanische Weltmacht imstande sei. Die beiden Gegner hätten sich derart in einander verstritten, daß nur ein Siegen oder Brechen möglich scheint.

Das Blatt des Außenministers Dr. Beneš erklärte nach Erscheinen eines Artikels, der an die Haltung Frankreichs entsetzte Kritik übte, er sei nicht als Kennerung des Außenministeriums anzusehen und darum nicht als eine offizielle Kundgebung zu bewerten. Die Gründe dieses Demotens sind nachgelassen, denn die betreffende Darstellung zeugte von einer ungenügenden Offenheit. Im übrigen steht aber diese Kritik im Widerspruch mit der sonstigen Haltung der dem Außenministerium nachstehenden Presse. Denn diese hält fast an der französischen Stange und weiß nur von Jeshen Deutschlands zu berichten. Aber trotzdem bleibt für die Beurteilung der tschechischen Haltung zum Ruhrproblem die Tatsache beachtlich, daß auch in einem gelegentlich vom Außenministerium benützten tschechischen Organ, dem „České Slovo“, eine Diskussion tschechischer Politiker darüber möglich wurde, ob es von Prager Standpunkte richtig und zweckmäßig sei, ausschließlich auf das französische Pferd zu setzen und die deutschfreundlichen Stimmen Englands und Amerikas dem Volk nur als „deutsche Made“ hinzuzufellen.

Die Vertreter der rein französischen Orientierung begründen ihren Standpunkt damit, daß ein Festhalten an Frankreich, von allen offenen und geheimen Beträgen abgesehen, fast eine Lebensbedingung sei. Denn Frankreich sei die einzige Großmacht, welche bei einer Konfiguration als Stütze des Moldaustaates in Betracht komme. Solange die Verhältnisse in Mitteleuropa in dem bisherigen labilen Zustande verharren, bedürfe die Tschechoslowakei eines solchen Schutzherrn. Wüßte nicht Ungarn, daß Frankreich auf Seite des Moldaustaates stehe, so hätten, nach Ansicht dieser Kreise, die „Erwachenden Ungarn“ eines Jwan Vojas Frankreichs Einmarsch ins Ruhrgebiet sofort zumindest zu einem Vandenkrieg in der Slowakei benützt. Die kleine Entente ist für die weiterverzweigte magharische Irredenta kein Schredgepenst. Denn ob mit Recht oder Unrecht, sie hält Südslowenien durch Italien, Bulgarien und die Türken gefesselt und Rumänien fürchten die Ungarn nicht, weil diesem Staat die russischen Bolschewiken im Rücken sitzen. Und was Polen anbelangt, so kann man wohl behaupten, daß dieser Staat sich Ungarn näher fühlt als etwa der Tschechoslowakei.

So begründet man die Tatsache, daß Prag, von Dankbarkeit ganz abgesehen, mit seinen Gefühlen und Interessen an Paris geknüpft ist. Dabei ist allerdings kaum anzunehmen, daß die Tschechoslowakei mit Rücksicht auf ihren lauernden Nachbarn und ihre geographische Lage versuchen würde, Frankreich aktiven Beistand zu leisten. Die Prager Regierung sah sich anlässlich des Protestes der tschechoslowakischen Gewerkschaften und deutschen Parteien gegen den französischen Einmarsch veranlaßt, zu erklären, daß die Tschechoslowakei auch